



D5.1 Konzept zur Abbildung der Beziehun- gen anderer Nachweise zur Meldebescheinigung

Version 1.0

29. März 2024

Sebastian Sklarß

]init[AG für digitale Kommunikation

Leipzig

Inhaltverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Meldebescheinigung im Einsatz	2
3	Ersatz für die Meldebescheinigung	20
4	Meldebescheinigung als Ersatz	21
4.1	Meldebescheinigung als Ersatz für den Personalausweis (in Kombination mit dem Reisepass)	22
4.2	Meldebescheinigung als Ersatz andere Adressnachweise	22
5	Definition der Inhalte zu Daten des Melderegisterauszugs in Beziehung setzen	23
6	Glossar und Abkürzungsverzeichnis	25
6.1	Glossar	25
6.2	Abkürzungsverzeichnis	27

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 : Komplementäre Recherche, Nutzungskontexte von Melderegisterauszügen	19
Tabelle 2: Rechtsgrundlage der Nachweise	24

1 Einleitung

Dieses Dokument listet verschiedene Use Cases für die „Meldebescheinigung“ auf. Mit dem Konzept soll aufgezeigt werden, an welches Verfahren eine Meldebescheinigung Verwendung werden kann. Diese erste Zusammenstellung bietet Hinweise auf Stakeholder, die in den näheren Fokus für das Beteiligungskonzept rücken. Die folgenden Auflistungen enthalten Use Cases, bei denen die Meldebescheinigung als Ersatz für andere Nachweise verwendet wird. Der Fall, dass die Meldebescheinigung selbst ersetzt werden kann, wurde nicht ermittelt. Am Ende des Dokumentes sind Rechtsgrundlagen für Zusammenstellungen von Datenfeldern zu Nachweisen und Registerabrufen abgebildet.

2 Meldebescheinigung im Einsatz

Es wurde eine erste Analyse von nutzenden Stellen der deutschen Verwaltung durchgeführt. Diese Stellen fordern von Bürgern analoge oder digitale Meldebescheinigungen / Melderegisterauszüge zur Erbringung von Verwaltungsleistungen oder rufen diese direkt von anderen Behörden ab. Dies geschieht teils unter Konsens des Bürgers (Leistungsverwaltung) oder ohne (Eingriffsverwaltung).

Die Recherche wird nach Auslieferung der Umfeldanalyse fortgeführt. Die Informationen dienen in Folge zur Identifikation der Stakeholder für Interviews, Workshops oder Beteiligungsverfahren, um Nutzungsintention einzelner Nachweisdaten der Melderegisterauszüge herauszuarbeiten.

Weitere Informationen:

1. Behörden verlangen selten Meldebescheinigung

Zitat Service Berlin: "Behörden verlangen in der Regel keine Meldebescheinigung, weil sie die benötigten Daten direkt von der Meldebehörde abrufen können."

<https://service.berlin.de/dienstleistung/120702/>

2. Meldebestätigung vs. Meldebescheinigung

Wenn es um die Meldebestätigung geht, ist häufig auch von der Meldebescheinigung die Rede. Beide Begriffe werden oft synonym verwendet, wobei es sich genau genommen nicht ganz um dasselbe Dokument handelt:

Die amtliche Meldebescheinigung bestätigt, dass sich jemand an einem Ort gemeldet hat. Man bekommt eine Meldebescheinigung also zum Beispiel, wenn man nach einem Umzug dem Einwohnermeldeamt seinen neuen Wohnsitz mitteilt.

Die Meldebestätigung bestätigt ebenfalls, dass jemand sich an einem bestimmten Ort gemeldet hat. Sie dient aber zugleich als Nachweis darüber, dass die Angaben in der Meldebescheinigung korrekt sind.

3. Meldebescheinigung vs. Melderegisterauskunft

Die Meldebescheinigung ist ein amtliches Dokument, das den aktuellen oder einen früheren Wohnsitz bestätigt. Die Meldebescheinigung beantragt man immer für sich selbst.

Bei einer Melderegisterauskunft kann man ermitteln, wo die Person gemeldet ist (Adressauskunft). Durch eine Melderegisterauskunft kann die aktuelle Adresse einer dritten Person (zum Beispiel Gläubiger, Freund) ermittelt werden.

4. Meldebescheinigung wird in manchen Fällen nur dann gefordert, wenn kein Personalausweis verwendet wird, sondern stattdessen ein Reisepass

Dies liegt daran, dass im Reisepass der Wohnsitz nicht hinterlegt ist, dieser bzw. die Bestätigung dessen aber für gewisse Vorgänge benötigt wird.

5. **Führungszeugnisse beantragen**

Aktueller Einschätzung (22.03.2024) nicht relevant, da die Meldebehörden hierbei nur den Antrag auf das Führungszeugnis auf Plausibilität prüfen, mit den Daten aus dem Melderegister abgleichen, bevor sie den Antrag selbst an das Bundesamt für Justiz weiterleiten. Es findet kein direkter Datenabruf durch das Bundesamt für Justiz aus dem jeweiligen Melderegister statt.

6. **Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit wurde aufgehoben**

Laut XMeld Spezifikations Dokumentation

7. **Jede Behörde darf Daten aus dem Melderegister abrufen, sofern diese für ihre Arbeit relevant ist**

Aufgrund der in § 34a Abs. 2 und § 38 Abs. 1 BMG bestimmten Kataloge von Abruf- und Auswahldaten stehen allen Behörden für den automatisierten Abruf von Daten einer namentlich bestimmten Person (Personensuche) bundesweit und länderübergreifend Meldedaten zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben zur Verfügung.

Num- mer	Bedarfsfall	Beschreibung	Von Bürger an Behörde: Meldebescheinigung (Bü-Be) vs. von Behörde an Be- hörde: Datenabruf aus Melderegister (Be-Be) vs. von Unternehmen an Behörde: Beantragung einer Melderegisteraus- kunft (U-Be)	In Gebrauch / Nicht in Gebrauch/ Unklar	Anfordernde Verwaltungs- ebene	Beispielkontaktdaten der anfordernden Ver- waltungsstelle	Quellen	Sonstiges
1	Schließung ei- ner Ehe	Die Standesämter erfordern eine Meldescheinigung für die Eheschließung (wenn einer der beiden Partner aus einer anderen Kommune kommt).	Bü-Be	In Gebrauch	Kommunal	Standesamt Weimar Markt 1 99423 Weimar Telefon: 03643 762-636	Stadt Weimar (2024): Eheschließung anmel- den, abrufbar unter: https://stadt.weimar.de/de/leistung/leistung/1133/zustaendige-stelle/350/eheschliessung_anmelden.html (Abgerufen am 09.04.2024) Stadt Erfurt (2024): Anmeldung der	Wird nur benötigt, wenn eine der heira- tenden Personen nicht in der Kom- mune gemeldet ist, in der sie heiraten

							Eheschließung, abrufbar unter: https://www.erfurt.de/ef/de/rat-haus/bservice/leistung/leistung-1159.html#unterlagen (Abgerufen am 09.04.2024)	
2	Nachweis Erziehungszeiten (Kindererziehungszeiten)	Eine Meldebescheinigung für den Rententräger aus der hervorgeht, wie lange Kinder im Haushalt gelebt haben. Die Bescheinigung ist dann notwendig, wenn das Kind nicht bei den leiblichen Eltern lebt.	Bü-Be	In Gebrauch	Länder	Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland Kranichfelder Str. 3 99097 Erfurt Telefon: 034155055	Deutsche Rentenversicherung (2023): Kindererziehung – Ihr Plus für die Rente, abrufbar unter: https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/national/kindererziehung_plus_fuer_die_rentenrente.html (Abgerufen am 09.04.2024)	Stadt Detmold (2024): Meldebescheinigung beantragen, abrufbar unter: https://service-portal-detmold.de/detail/-/vrbis-detail/dienstleistung/15736/show (Abgerufen am 09.04.2024) Hier findet sich auch ein weiterer Hinweis, dass eine Meldebescheinigung für die Rentenversicherung benötigt werden kann.
3	Aufenthaltserteilung	Für Bürger aus Ländern außerhalb des Schengenraums	Bü-Be	Unklar	Kommunal	Beispiel Stadt Jena Team Ausländerbehörde	Deutscher Akademischer Austauschdienst (2024): Aufenthaltserteilung und	Stadt Jena (2024): Aufenthaltserteilung - Ausbildung und Studium, abrufbar

						<p>Löbdergraben 12 07743 Jena</p>	<p>Anmeldung des Wohnsitzes, abrufbar unter: https://www.daad.de/de/in-deutschland-studieren/leben-in-deutschland/anmeldung (Abgerufen am 09.04.2024)</p>	<p>unter: https://ser-vice.jena.de/de/auf-enthaltserlaubnis-ausbildung-und-studium (Abgerufen am 09.04.2024)</p> <p>Stadt Jena (2024): Aufenthaltstitel und Arbeitserlaubnis, abrufbar unter: https://ser-vice.jena.de/de/auf-enthaltserlaubnis-beschaeftigung (Abgerufen am 09.04.2024)</p> <p>Laut der Stadt Jena reicht der Wohnraumnachweis, z.B. Mietvertrag. Deckt sich nicht mit dem was verschiedene Seiten für ausländische Studierende schreiben. Daher Unklarheit bei der Frage ob in Gebrauch.</p>
--	--	--	--	--	--	---------------------------------------	---	---

4	Immatrikulation Hochschule	Dies ist abhängig vom Land z.B. Berlin	Bü-Be	Unklar	Länder	Keine Universität gefunden, die das offiziell fordern	Tagesspiegel (2019): Nachweis über Wohnsitz in Berlin: Studierende sollen Unis Meldebescheinigung vorlegen, abrufbar unter: https://www.tagesspiegel.de/wissen/studierende-sollen-unis-meldebescheinigung-vorlegen-5348806.html (Abgerufen am 09.04.2024)	
5	Eröffnung Bankkonto		Bü-Be	In Gebrauch	Wirtschaft	Banken (Nicht Verwaltung)	Volksbank Raiffeisenbanken (2024): Girokonto, abrufbar unter: https://www.vr.de/privatkunden/unsere-produkte/was-ist-ein-girokonto/girokonto.html (Abgerufen am 02.04.2024)	
6	Umzug und Anmeldung neuer Wohnsitz	Wer eine Wohnung bezieht, hat sich innerhalb von zwei Wochen nach dem Einzug bei der Meldebehörde anzumelden. Zu diesem Zweck muss die betroffene Person persönlich bei der Meldebehörde der neuen Wohnung vorstellig werden. Dort füllt die betroffene Person entweder einen Meldeschein aus oder die Zuzugsmeldebehörde ruft die Daten der	Be-Be	In Gebrauch	Kommunal	Beispiel Bürgerbüro Stadt Meiningen Schlossplatz 1 98617 Meiningen Telefon: 03693 454545	Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI-XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-	

		Person bei der Wegzugsmeldebehörde ab. Die Meldebehörde ergänzt die übermittelten Daten unter Mitwirkung der betroffenen Person um die neue Adresse sowie ggf. weitere erforderliche Daten gemäß Landesrecht.					de:kosit:standard:xinne-res.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S.301 (Abgerufen am 14.03.2024)	
7	Zuteilung einer Steueridentifikationsnummer durch Bundeszentralamt für Steuern (BZSt)	Die Meldebehörden übermitteln dem BZSt bei Geburten und erstmaliger Speicherung von Personen, die noch keine Identifikationsnummer erhalten haben, die Daten zum Zwecke der Zuteilung einer Identifikationsnummer. Darüber hinaus haben die Meldebehörden die Möglichkeit unter Verwendung der Daten nach § 139b Abs. 3 AO für Personen, denen nach eigenen Angaben noch keine IdNr zugeteilt wurde, dies in einem Abrufverfahren durch das BZSt prüfen zu lassen.	Be-Be	In Gebrauch	Bund	Bundeszentralamt für Steuern An d. Kuppe 1 53225 Bonn Telefon: 0228 4060	Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinne-res.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S. 694 (Abgerufen am 12.03.2024)	§ 139a Abgabenordnung (AO) (Zuteilung einer Steueridentifikationsnummer)
8	Rentenversicherung: Umzug	Die Rentenversicherungen vergeben die Versicherungsnummern für die Versicherten. Auch müssen sie im Rahmen der Schwarzarbeitsbekämpfung Daten an Sozialversicherungen und Zollbehörden weiterleiten. Daher ist es wichtig, dass die Anschriften der Versicherten in aktueller Form vorliegen; es besteht für Meldebehörden nach § 150 Absatz 1 sowie § 196 Absatz 2 und 2a SGB VI darum die Verpflichtung zu Datenübermittlungen and die Rentenversicherungen.	Be-Be	In Gebrauch	Länder	Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland Kranichfelder Str. 3 99097 Erfurt Telefon: 034155055	Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinne-res.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S. 839	

							(Abgerufen am 17.03.2024)	
9	Bundesverwaltungsamt bei potenziellem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit	<p>In Fällen in denen aufgrund 4 Absatz 3 oder § 40b des Staatsangehörigkeitsgesetzes ein Verlust der Staatsangehörigkeit durch Weg bzw. Zuzug eintreten kann, übermitteln die Meldebehörden eine Nachricht mit den Daten der Betroffenen an das Bundesverwaltungsamt.</p> <p>Kontext:</p> <p>Gewisse Abschnitte des Staatsbürgerschaftsgesetzes erfordern von den Eltern bzw. der Person selbst eine gewisse Dauer an permanentem Aufenthalt in Deutschland.</p> <p>(Ein Deutscher nach Absatz 1 ist im Inland aufgewachsen, wenn er bis zur Vollendung seines 21. Lebensjahres</p> <ol style="list-style-type: none"> sich acht Jahre gewöhnlich im Inland aufgehalten hat, sechs Jahre im Inland eine Schule besucht hat oder über einen im Inland erworbenen Schulabschluss oder eine im Inland abgeschlossene Berufsausbildung verfügt.) 	Be-Be	In Gebrauch	Bund	<p>Bundesverwaltungsamt</p> <p>Bundesverwaltungsamt</p> <p>50728 Köln, Nordrhein-Westfalen</p> <p>Deutschland</p> <p>Telefon: +49 22899358-44900</p>	<p>Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinneres.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S. 1025 (Abgerufen am 25.03.2024)</p>	<p>Rechtliche Grundlage</p> <p>§ 34 Absatz 2 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in Verbindung mit § 10 Absatz 1 und 2 2.BMeldDÜV</p> <p>Eventuell bald nicht mehr relevant aufgrund von Änderungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes.</p>
10	Werbematerial der Bundeswehr nach	<p>Das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr erhält von der Meldebehörde die Adressdaten der Personen, die im Folgejahr volljährig werden, damit diesen</p>	Be-Be	In Gebrauch	Bund	<p>Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr</p>	<p>https://www1.osci.de/sixcms/media.php/13/2024-01-31_OSCI-</p>	<p>Hintergrund:</p> <p>Gesetzliche Grundlage für die neue Datenübermittlung ist §</p>

	Erreichen der Volljährigkeit	Informationsmaterial über die Streitkräfte zugeschickt werden kann.				<p>Militärtringstr. 1000</p> <p>50737 Köln</p> <p>NRW Deutschland</p> <p>Telefon: 02203 1050</p>	<p>XMeld_2411_Spezifikation_final.pdf</p> <p>Informationen über die Datenübermittlung im Falle eines Umzugs (im PDF Seite 1043)</p> <p>Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinneres.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S.1043 (Abgerufen am 27.03.2024)</p>	58c Soldatengesetz (SG) bzw. § 4 2. BMeldDÜV
11	Rundfunkgebühr	Der Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio, als Gemeinschaftseinrichtung der Landesrundfunkanstalten zur Erfüllung der Aufgaben des Einzugs der Rundfunkbeiträge nach dem Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, nimmt die Meldedaten entgegen und stellt sicher, dass durch einen Abgleich mit den Bestandsdaten der Beitragskontoinhaber die Anschriftendaten auf einem aktuellen Stand gehalten werden, sowie Kenntnis von	Be-Be	In Gebrauch	Bund	<p>ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice</p> <p>Freimersdorfer Weg 6 50829 Köln</p> <p>Telefon: 0221 5061-0 (Zentrale)</p>	<p>Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinneres.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S.1043 (Abgerufen am 27.03.2024)</p>	

		neuen potentiellen Beitragsschuldnern erlangt wird.					de:kosit:standard:xinne-res.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S. 1103 (Abgerufen am 28.03.2024)	
12	Abruf durch Sicherheits- und Strafermittlungsbehörden	Sicherheits und Strafermittlungsbehörden dürfen zur Umsetzung ihrer Arbeit Daten aus dem Melderegister abrufen. Diese sind auch weitergehend, als gewöhnliche Abrufe nach § 34a BMG	Be-Be	In Gebrauch	Verschiedene		Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinne-res.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S. 1155 (Abgerufen am 28.03.2024)	Rechtsgrundlage: Laut § 34 Abs. 4 Satz 1 BMG, dürfen Sicherheitsbehörden eine größere Menge an Daten abrufen als andere Stellen
13	Allgemeiner Abruf durch jede öffentliche Behörde	Aufgrund der in § 34a Abs. 2 und § 38 Abs. 1 BMG bestimmten Kataloge von Abruf- und Auswahldaten stehen allen Behörden für den automatisierten Abruf von Daten einer namentlich bestimmten Person (Personensuche) bundesweit und länderübergreifend Meldedaten zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben zur Verfügung (z.B. in Form einer einfachen Melderegisterauskunft) Dabei dürfen die Behörden sowohl eine Personensuche als auch eine freie Suche (Suche	Be-Be	In Gebrauch	Verschiedene		Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinne-res.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S. 1155	

		nach einer Gruppe von Personen basierend auf Spezifika) durchführen					(Abgerufen am 28.03.2024)	
14	Erstellung der Wanderungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibungsstatistik	<p>Die Statistischen Landesämter dürfen zur Erstellung ihrer Statistiken auf Daten der Melderegister zugreifen.</p> <p>Die „Bevölkerungsfortschreibung“ der Statistischen Ämter von Bund und Ländern ist die Feststellung von Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung am Ort der alleinigen Wohnung bzw. Hauptwohnung auf Gemeindeebene.</p> <p>Die Wanderungsstatistik beinhaltet den Zu- und Wegzug nach Deutschland.</p>	Be-Be	In Gebrauch	Länder	<p>Beispiel Statistisches Landesamt Thüringen</p> <p>Europapl. 3</p> <p>99091 Erfurt</p> <p>Telefon: 0361 3784642</p>	<p>Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinneres.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S. 1285 (Abgerufen am 26.03.2024)</p>	
15	Fahreignungsregister (FAER)	<p>Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) führt u. a. das Fahreignungsregister (FAER), in das rechtskräftige Bußgeldbescheide und strafgerichtliche Verurteilungen von natürlichen Personen im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr eingestellt werden. Das FAER wird personenbezogen geführt.</p> <p>Damit der Registerzweck erreicht werden kann, muss das KBA über Änderungen des Familien- und Geburtsnamens sowie des Vornamens von Betroffenen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, informiert werden.</p>	Be-Be	In Gebrauch	Bund	<p>Kraftfahrt-Bundesamt (KBA)</p> <p>Fördestraße 16</p> <p>24944 Flensburg</p> <p>Telefon: +49 461 316-0</p>	<p>Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinneres.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S.1373 (Abgerufen am 26.03.2024)</p>	Es wird nur bei Voroder Geburtsnamensänderung eine Datenübertragung an das Fahreignungsregister durchgeführt
16	Übertragung von Meldedaten an	Die Melderegister rufen Daten von den Religionsgemeinschaften über Ein- und Austritte ab.	Be-Be	In Gebrauch	Verschiedene, folgt der geographischen	Beispiel Evangelische Kirche Mitteldeutschland (EKM)	Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation	Wichtig ist hierbei, dass nur die öffentlich-rechtlichen

	<p>Öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften</p> <p>Abruf von Zugehörigkeitserklärungen/ Austritten von den Religionsgemeinschaften</p>	<p>Die Religionsgemeinschaften erhalten von den Melderegistern Informationen über den Zuzug von Bürgern, die der jeweiligen Religionsgemeinschaft offiziell angehören.</p>			<p>Strukturierung (z.B. Gemeinde) der jeweiligen religiösen Organisation</p>	<p>Michaelisstraße 39 99084 Erfurt Telefon: 0361 518000</p>	<p>OSCI- XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinneres.xmeld_24.11:dokument:XMeld-Spezifikation_24.11 S.1401 (Abgerufen am 27.03.2024)</p> <p>Staatskanzlei Thüringen (2024): Kirchen und Religionsgemeinschaften, abrufbar unter:https://thueringen.de/staatskanzlei/religion (Abgerufen am 27.03.2024)</p> <p>Auflistung der öffentlich rechtlichen Religionsgemeinschaften in Thüringen</p> <p>Rechenzentrumsanbieter der evangelischen Kirche in Thüringen</p> <p>ECKD KIGST GmbH https://eckd.de/</p>	<p>Religionsgemeinschaften vertreten sind. Auch sind nur die Daten der Bürger hiervon betroffen, die offiziell Mitglieder der jeweiligen Religionsgemeinschaft sind.</p>
--	---	--	--	--	--	---	--	--

17	Übertragung/ Erhalt von Auf- enthaltsdaten an/von das Ausländerzent- ralregister	<p>Das Ausländerzentralregister übermittelt an die Meldebehörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben unverzüglich nach der Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung neben den Grundpersonalien, die AZR-Nummer und die Anschrift im Bundesgebiet sowie Übermittlungssperren in einem automatisierten Verfahren. Ebenso werden Änderungen dieser Daten übermittelt. Bei Änderung der gegenwärtigen Anschrift im Bundesgebiet ist auch die Anschrift vor Änderung zu übermitteln.</p> <p>Die Meldebehörden übermitteln bei Änderung der Anschrift unverzüglich die Änderung der Daten an das Ausländerzentralregister. Zudem übermitteln die Meldebehörden unverzüglich die Eintragung einer Auskunftssperre und deren Wegfall an das Ausländerzentralregister.</p>	Be-Be	In Gebrauch	Verschiedene	<p>Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)</p> <p>ist die Registerbehörde.</p> <p>Bundesverwaltungsamt übernimmt Betrieb</p> <p>50728 Köln, Nordrhein-Westfalen</p> <p>Deutschland</p> <p>Telefon: +49 22899358-44900</p>	<p>Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinnes.xml:24.11:document:XMeld-Spezifikation_24.11 S.1527 (Abgerufen am 26.03.2024)</p>	
18	Ergänzende Bevölkerungs- statistiken für Statistische Landesämter	<p>Die Meldebehörden übermitteln den statistischen Ämtern der Länder zur Erstellung ergänzender Bevölkerungsstatistiken ab dem 31. Dezember 2023 bis zum 31. Dezember 2028 jährlich zum Stichtag 31. Dezember für jede zum Stichtag mit alleiniger Wohnung oder Hauptwohnung gemeldete Person die Daten.</p>	Be-Be	In Gebrauch	Länder	<p>Beispiel Statistisches Landesamt Thüringen</p> <p>Europapl. 3</p> <p>99091 Erfurt</p> <p>Telefon: 0361 3784642</p>	<p>Koordinierungsstelle für IT-Standards (2024): Spezifikation OSCI– XMeld 24.11, abrufbar unter: https://www.xrepository.de/api/xrepository/urn:xoev-de:kosit:standard:xinnes.xml:24.11:document:XMeld-Spezifikation_24.11 S.1581 (Abgerufen am 26.03.2024)</p>	

19	Auskunftsermittlung bei Bafög Rückzahlung	<p>Während der Bafög Rückzahlungsphase muss dem Bundesverwaltungsamt die Adresse bekannt sein. Wenn nicht, muss diese ermittelt werden.</p> <p>In welcher Form dies stattfindet, ist bisher nicht bekannt. Also ob dafür ein eigenes Verfahren gegeben ist, oder nur eine normale Melderegisterauskunft angefordert wird.</p>	Be-Be	In Gebrauch	Bund	<p>Bundesverwaltungsamt</p> <p>Bundesverwaltungsamt</p> <p>50728 Köln, Nordrhein-Westfalen</p> <p>Deutschland</p> <p>Telefon: +49 22899358-44900</p>	<p>Bundesverwaltungsamt (2024): ... einen Kostenbescheid zur Anschriftenermittlung erhalten, abrufbar unter:</p> <p>https://www.bva.bund.de/DE/Services/Buerger/Schule-Ausbildung-Studium/BAfoeG/4-Rueckzahlungszeitraum/Sonstige-Forderungsbescheide/Anschriftenermittlungskostenbescheid/anschriftenermittlungskostenbescheid_node.html</p> <p>(Abgerufen am 02.04.2024)</p>	
20	Melderegister als Grundlage für Wählerverzeichnis	<p>Das vor einer Wahl erstellte Wählerverzeichnis (Übersicht der wahlberechtigten Bürger) basiert auf dem Melderegister.</p> <p>In welcher Form die Daten aus dem Melderegister für das Wahlverzeichnis gewonnen werden, ist bisher noch nicht bekannt.</p>	Be-Be	In Gebrauch	Kommunal	<p>Beispiel Stadt Erfurt Kreis</p> <p>Amt für Datenverarbeitung</p> <p>Fischmarkt 1</p> <p>99084 Erfurt</p> <p>Kreiswahlleiter</p> <p>Herr Bulenda</p> <p>Abteilungsleiter</p>	<p>Die Bundeswahlleiterin (2024): Wählerverzeichnis und Umzug, abrufbar unter</p> <p>https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2017/informationen-waehler/waehlerverzeichnis-umzug.html#d8dc240b-6b30-474f-9bad-</p>	

						workTel. +49 361 655-1490	cd855a87b5fd (Abgerufen am 03.04.2024) Die Bundeswahlleiterin (2024): Wählerverzeichnis und Umzug, abrufbar unter https://www.bundeswahlleiterin.de/service/glossar/w/waehlerverzeichnis.html (Abgerufen am 03.04.2024)	
21	Auskunft für Durchführung einer Zwangsvollstreckung	Sofern die Adresse des Schuldners nicht bekannt ist, kann ein Gerichtsvollzieher eine Melderegisterauskunft anfordern, um die Zwangsvollstreckung durchzuführen	U-Be	In Gebrauch			Stadt Hammersbach (2024): Melderegister, abrufbar unter: https://hammersbach.eu/melderegister.html (Abgerufen am 04.04.2024) Forderungsmanagement wird hier als ein Beispiel für die gewerbliche Melderegisterauskunft genannt Zivilprozessordnung (2024), § 755 Ermittlung des Aufenthaltsorts des Schuldners, abrufbar	

							<p>unter https://www.gesetze-im-internet.de/zpo/_755.html (Abgerufen am 05.04.2024)</p> <p>Laut Zivilprozessordnung § 755, darf ein Gerichtsvollzieher eine gewerbliche Melderegisterauskunft anfordern um die Adresse eines Schuldners zu ermitteln.</p>	
22	Auskunft für Markt- und Meinungsforschung	Meinungsforschungsinstitute können zu Zwecken der Umfrageerhebung eine Melderegisterauskunft über eine Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen beantragen.	U-Be	In Gebrauch			<p>Stadt Bad Berneck (2024): Antrag auf eine einfache Melderegisterauskunft, abrufbar unter: https://www.bad-berneck.de/fileadmin/Bad_Berneck/Formulare/Antrag_einfache_Melderegisterauskunft.pdf (Abgerufen am 04.04.2024)</p> <p>Stadt Köln (2024): Gruppenauskunft bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses, abrufbar unter:</p>	

							https://www.stadt-koeln.de/service/projekte/20187/initdex.html (Abgerufen am 04.04.2024)	
23	Auskunft über Alters- und Ehejubiläen	Mandatsträger, Presse oder Rundfunk dürfen Auskünfte über Jubiläen von Ehen und Geburtstagen (ab dem 70.) erfahren.	U-Be	In Gebrauch			Bundesmeldegesetz (2024), § 50 Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen, abgerufen unter https://www.gesetze-im-inter-net.de/bmg/_50.html ((Abgerufen am 05.04.2024)	
24	Informationen für Adressbücher	Adressbuchverlage dürfen Informationen über Adressen abrufen	U-Be	In Gebrauch			Bundesmeldegesetz (2024), § 50 Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen, abgerufen unter https://www.gesetze-im-inter-net.de/bmg/_50.html ((Abgerufen am 05.04.2024)	
25	Informationen für Wahlwerbung	Wählervereinigungen und Parteien dürfen aus dem Melderegister Adressdaten für den Versand von Wahlwerbung abrufen.	U-Be	In Gebrauch			Bundesmeldegesetz (2024), § 50 Melderegisterauskünfte in besonderen Fällen, abgerufen unter https://www.gesetze-im-inter-net.de/bmg/_50.html	

							<p>((Abgerufen am 05.04.2024)</p> <p>Landesbeauftragter für den Datenschutz Niedersachsen (2024): Übermittlung von Meldedaten im Zusammenhang mit Wahlen, abrufbar unter https://www.lfd.niedersachsen.de/startseite/themen/kommunales/uebermittlung-von-meldedaten-im-zusammenhang-mit-wahlen-56252.html (Abgerufen am 05.04.2024)</p>	
--	--	--	--	--	--	--	--	--

Tabelle 1 : Komplementäre Recherche, Nutzungskontexte von Melderegisterausügen

3 Ersatz für die Meldebescheinigung

Im Rahmen des Arbeitspaketes wurde recherchiert, ob Nachweise existieren, die die Meldebescheinigung ersetzen. Hier konnte kein Anwendungsfall ermittelt werden. Hintergrund ist vermutlich, dass die Meldebescheinigung sehr niedrigschwellig zu erhalten ist und daher kein Bedarf für einen Ersatz vorliegt.

4 Meldebescheinigung als Ersatz

In den folgenden Seiten wird betrachtet, für welche Nachweise die Meldebescheinigung als Ersatz dienen kann.

Einführende Informationen:

1. Behörden verlangen selten Meldebescheinigung

Zitat Service Berlin: "Behörden verlangen in der Regel keine Meldebescheinigung, weil sie die benötigten Daten direkt von der Meldebehörde abrufen können (ServicePortal Berlin 2024: „Meldebescheinigung beantragen, abrufbar unter: <https://service.berlin.de/dienstleistung/120702/> (abgerufen am 10.04.2024) ."

2. Meldebestätigung vs. Meldebescheinigung

Wenn es um die Meldebestätigung geht, ist häufig auch von der Meldebescheinigung die Rede. Beide Begriffe werden oft synonym verwendet, wobei es sich genau genommen nicht ganz um dasselbe handelt: Die amtliche Meldebescheinigung bestätigt, dass sich jemand an einem Ort gemeldet hat. Man bekommt eine Meldebescheinigung also zum Beispiel, wenn man nach einem Umzug dem Einwohnermeldeamt seinen neuen Wohnsitz mitteilt. Die Meldebestätigung bestätigt ebenfalls, dass jemand sich an einem bestimmten Ort gemeldet hat. Sie dient aber zugleich als Nachweis darüber, dass die Angaben in der Meldebescheinigung korrekt sind.

3. Meldebescheinigung vs. Melderegisterauskunft

Die Meldebescheinigung ist ein amtliches Dokument, das den aktuellen oder einen früheren Wohnsitz bestätigt. Die Meldebescheinigung beantragen Sie immer für sich selbst. Bei einer Melderegisterauskunft können Sie ermitteln, wo Person gemeldet ist (Adressauskunft). Durch eine Melderegisterauskunft können sie die aktuelle Adresse einer Dritte Person (zum Beispiel Gläubiger, Freund) ermitteln.

4. Meldebescheinigung wird in manchen Fällen nur dann gefordert, wenn kein Personalausweis verwendet wird, sondern stattdessen ein Reisepass

Dies liegt daran, dass im Reisepass der Wohnsitz nicht hinterlegt ist und dieser bzw. die Bestätigung dessen für gewisse Vorgänge benötigt wird.

5. Führungszeugnisse beantragen

Aktueller Einschätzung (22.03.2024) nach nicht relevant, da die Meldebehörden hierbei nur den Antrag auf das Führungszeugnis auf Plausibilität prüfen, mit den Daten aus dem Melderegister abgleichen, bevor sie den Antrag selbst an das Bundesamt für Justiz weiterleiten. Es findet kein direkter Datenabruf durch das Bundesamt für Justiz aus dem jeweiligen Melderegister statt.

6. Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit wurde aufgehoben

Laut XMeld-.

7. Jede Behörde darf Daten aus dem Melderegister abrufen, sofern diese für ihre Arbeit relevant ist

Aufgrund der in § 34a Abs. 2 und § 38 Abs. 1 BMG bestimmten Kataloge von Abruf- und Auswahldaten stehen allen Behörden für den automatisierten Abruf von Daten einer namentlich bestimmten Person (Personensuche) bundesweit und länderübergreifend Meldedaten zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben zur Verfügung.

4.1 Meldebescheinigung als Ersatz für den Personalausweis (in Kombination mit dem Reisepass)

In einer Reihe von Szenarien kann die Meldebescheinigung in Kombination mit dem Reisepass als Ersatz für den Personalausweis verwendet werden. Ein Grund für die Kombination ist, dass der Reisepass keine Adressdaten enthält – diese finden sich dann in der Meldebescheinigung wieder. Für diesen Anwendungsfall konnten im Rahmen des Projektes sieben Beispiele gefunden werden. Diese werden in der Excel-Tabelle im Anhang des Liefergegenstandes genannt und beschrieben (Meldebescheinigung_als_Ersatz_für_Personalausweis.xlsx).

4.2 Meldebescheinigung als Ersatz andere Adressnachweise

Des Weiteren kann die Meldebescheinigung als Adressnachweis fungieren. Hierfür konnten ebenfalls sieben Szenarien ermittelt werden. Sie werden in der Excel-Tabelle im Anhang des Liefergegenstandes genannt und beschrieben (Meldebescheinigung_als_Ersatz_für_andere_Adressnachweise.xlsx).

5 Definition der Inhalte zu Daten des Melderegisterauszugs in Beziehung setzen

Im Melderegister werden meldepflichtige Personen erfasst und grundlegende Informationen zu ihnen gespeichert. In §3 des Bundesmeldegesetzes (BMG) ist definiert, welche Daten die Meldebehörden zur Erfüllung ihrer Aufgaben in den Melderegistern speichern. In einer Vielzahl von Szenarien werden Daten aus dem Melderegistern abgefragt - je nach Szenario werden Nachweise (z.B. einfache Melderegisterauskunft, Meldebescheinigung, Meldebestätigung) übermittelt, die jeweils Teilmengen der in §3 BMG aufgeführten Daten beinhalten. Welcher Nachweis genutzt wird, unter anderem durch die nachweisabfragende Stelle bedingt. Die nachweisabfragende Stelle lassen sich in folgenden Kategorien zusammenfassen: andere Meldebehörden, andere empfangsberechtigte Stelle (z.B. Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Justiz), Verwaltungsportale (z.B. OZG Online-Dienste), und natürliche Personen & Unternehmen. Um in die komplexen Datenabrufe rund um das Melderegister übersichtlich zu gestalten, wurde eine Abbildung angefertigt. Diese befindet sich zur besseren Lesbarkeit als Anhang zum Liefergegenstand (Übersicht_Nachweise.svg).

Die exakten Informationen, welche Informationen aus dem Melderegister abgerufen werden dürfen, finden sich in den jeweiligen Rechtsgrundlagen. Dabei wird in den Rechtsgrundlagen meist der Datenkranz sowie die Voraussetzung für den Nachweisabruf beschrieben. Tabelle 1 bietet daher eine Übersicht über die relevanten Rechtsgrundlagen. In Tabelle 2 werden die Rechtsgrundlagen tiefergehend miteinander verglichen. So entsteht ein Erkenntnisgewinn über den Datenkranz der jeweiligen Nachweise.

Fundstelle	Nachweis
§24 Abs.2 BMG	Meldebestätigung
§34 BMG	Datenübermittlung an andere öffentliche Stellen
§34a BMG	Personensuche und freie Suche im automatisierten Abruf
§44 BMG	einfache Melderegisterauskunft
§45 BMG	erweiterte Melderegisterauskunft

§46 BMG	Gruppenauskunft
§49 BMG	Automatisierte Melderegisterauskunft
§5 BMeldDigiV	Abruf der Meldebescheinigung durch Verwaltungsportale
§7 BMeldDigiV	Abruf der beschränkten Selbstauskunft durch Verwaltungsportale

Tabelle 2: Rechtsgrundlage der Nachweise

Zuletzt wurde noch eine Tabelle erstellt, die aufzeigt, welche Datenfelder (z.B. Vorname, Geschlecht etc.) in welchen Nachweisen des Melderegisters abgebildet werden. Zusätzlich wurde noch ein Mapping der Datenfelder des Melderegisters zu DSMeld, FIM-BOB und VIP durchgeführt. Die Excel-Tabelle befindet sich im Anhang des Liefergegenstandes (Datenfelder_und_Nachweise.xlsx).

6 Glossar und Abkürzungsverzeichnis

6.1 Glossar

Begriff	Beschreibung/ Erläuterung
DSMeld	Einheitlicher Datensatz für das Meldewesen: Der Datensatz für das Meldewesen (Einheitlicher Bundes-/Länderteil) – DSMeld – ist auf Grundlage des Melderechtsrahmengesetzes erstmals am 21. Oktober 1982 von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände herausgegeben worden. Mit Inkrafttreten des Bundesmeldegesetzes am 1. November 2015 wird die Herausgeberschaft des DSMeld – gestützt auf die Regelungen des Bundesmeldegesetzes – auf die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) übertragen.
Evidence	Alle Unterlagen oder Daten, einschließlich Text- oder Ton-, Bild- oder audiovisuellen Aufzeichnungen, unabhängig vom verwendeten Medium, die von einer zuständigen Behörde verlangt werden, um Sachverhalte oder die Einhaltung der in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b genannten Verfahrensvorschriften nachzuweisen. Hinweis: Hierbei handelt es sich die Übersetzung des Begriffsverständnis gemäß SDG-VO.
FIM	Das Föderale Informationsmanagement (FIM) dient dazu, leicht verständliche Bürgerinformationen, einheitliche Datenfelder für Formulare Systeme und standardisierte Prozessvorgaben für den Verwaltungsvollzug bereitzustellen. Ziel ist es, den Übersetzungs- und Implementierungsaufwand rechtlicher Vorgaben zu senken. Länder und Kommunen sollen - bezogen auf die redaktionelle und organisatorische Umsetzung eines Verwaltungsvorgangs - nicht mehr für sich alleine agieren müssen. Stattdessen können sie auf qualitätsgesicherte Vorarbeiten der nächsthöheren Verwaltungsebene zurückgreifen.
Nachweise	Nachweise sind alle Unterlagen oder Daten, einschließlich Text- oder Ton-, Bild- oder audiovisuellen Aufzeichnungen, unabhängig vom verwendeten Medium, die von einer zuständigen Behörde verlangt werden, um Sachverhalte nachzuweisen oder die Einhaltung von Verfahrensvorschriften zu belegen. Nachweise können sowohl als analoge („Unterlagen“) wie auch digitale Informationen („Daten“) vorliegen. Ein Nachweis kann z.B. eine Geburtsurkunde sein. Siehe auch: Evidence.
Nachweistyp	Nachweistypen dienen zur Klassifikation von Nachweisen nach gemeinsamem Zweck oder Inhalt. Nachweistypen sind selbst keine Nachweise, aber Nachweise gehören zu einem Nachweistyp.

	Beispiel: Alle konkreten Geburtsurkunden sind Ausprägungen zum Nachweistyp "Geburtsurkunde".
NOOTS	Das Nationale Once-Only-Technical Systems (NOOTS) ist ein System aus technischen Komponenten, Schnittstellen und Standards sowie organisatorischen und rechtlichen Regelungen, das öffentlichen Stellen den rechtskonformen Abruf von elektronischen Nachweisen aus den Registern der deutschen Verwaltung ermöglicht und basiert auf dem Gedanken des Once-Only-Prinzips.
Once-Only-Prinzip	Ein wesentliches Ziel ist bei der Modernisierung der Verwaltungslandschaft, dass Bürgerinnen und Bürger in Zukunft ihre Daten und Nachweise nicht immer wieder erneut vorlegen müssen, um Verwaltungsleistungen zu erhalten, sondern - wenn sie dem eingewilligt haben - nur einmal.
Register	Ein Register ist ein Datenbestand der öffentlichen Verwaltung. In den Registern liegen die Nachweise, welche für Verwaltungsverfahren notwendig sind.
Registermodernisierung	<p>Das Programm Registermodernisierung (RegMo) ist eines der größten Projekte im Rahmen der Digitalisierungsbestrebungen von Bund, Ländern und Kommunen.</p> <p>Einheitlich gestaltete, inhaltlich aktuelle, vernetzte Register stellen einen wichtigen Meilenstein dar für eine digitale, bürokratiearme und serviceorientierte Verwaltung, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen entlastet.</p> <p>Ein wesentliches Ziel ist, dass Bürgerinnen und Bürger in Zukunft ihre Daten und Nachweise nicht immer wieder erneut vorlegen müssen, um Verwaltungsleistungen zu erhalten, sondern - wenn sie dem eingewilligt haben - nur einmal (Once-Only-Prinzip).</p>
Registertyp	<p>Registertypen dienen zur Klassifikation von Registern nach gemeinsamem Zweck oder Inhalt. Registertypen sind selbst keine Register, aber Register gehören zu einem Registertyp.</p> <p>Beispiel: Alle Registerinstanzen der Melderegister sind Ausprägungen zum Registertyp "Melderegister".</p>
Verfahrensbezogene Nachweisanforderungen	Aus den erforderlichen Nachweisen ergeben sich Procedural Requirements (PR), auf Deutsch bestimmte (abstrakte) verfahrensbezogene Nachweisanforderungen genannt. Beispiel: Der erforderliche Nachweis "Ausweisdokument" hat die übergeordnete Nachweisanforderung „Nachweis der Identität“.

6.2 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Ausgeschrieben
BMeldDigiV	Bundesmelledatendigitalisierungsverordnung
BMG	Bundesmeldegesetz
VIP	Verwaltungsdaten-Informationsplattform